

Solidarität gegen die Verfolgung von Organisationen als "Foreign Agents" in Russland

ACN Mit den "Foreign Agent"- und "Extremismus"-Gesetzen werden derzeit viele progressive Organisationen in Russland verfolgt. Klares Ziel der gesetzlichen Instrumente ist die Ausschaltung von die politischen Machthaber*innen störenden Organisationen und Bewegungen. Legale Organisationen werden in diesem Kontext de facto verboten, wenn sie als "Foreign Agents" (ausländische Agenten) eingeordnet werden, denn ihre Weiterarbeit ist unter diesen Umständen so gut wie unmöglich. Mit schwammigen Extremismus-Anklagen werden auch Einzelpersonen, die sich kritisch geäußert haben, mit mehrjährigen Haftstrafen bedroht, und quasi von der Bildfläche entfernt. Umwelt- und Menschenrechtsgruppen sowie andere fortschrittliche Organisationen sollen als Spione gebrandmarkt und öffentlich diskreditiert werden.

Seit dem Sommer versucht eine Soli-Kampagne Öffentlichkeit für die verfolgten Gruppen herzustellen. In diesem Artikel beginnen wir mit einem Einblick in die Thematik.

Hintergrund

In den USA gibt es ein ähnliches Gesetz, das 1938 als Maßnahme gegen Propagandisten des Dritten Reiches erlassen wurde. Die Tatbestandsbeschreibung, Registrierzwang und Haftandrohung bei Zuwiderhandlung klingen ähnlich. Bis heute ist diese ursprünglich als Anti-Nazi-Gesetz deklarierte Vorschrift in den USA in Kraft. Später wurde das Gesetz mehrfach ergänzt und beispielsweise für die anti-kubanische Linie der US-Regierung verwendet. In Russland wurde diese Idee 2012 kopiert, richtet sich aber nicht in erster Linie gegen Nazis, sondern gegen jegliche Art politisch aktiver Organisationen und deren Aktivist*innen.

Es sprechen aber wesentliche Unterschiede dagegen die russische Verfolgung von NGOs als "Auslandsagenten" mit dem US-"Foreign Agents Registration Act" (FARA) zu rechtfertigen, wie es die russische Regierung in der Öffentlichkeit tut. Während das Gesetz in den USA im wesentlichen auf Individuen (und hierbei explizit ausländische Staatsbürger*innen) abzielt, die innerhalb der Verei-

nigten Staaten aktiv werden, hat das russische Gesetz ausschließlich russische Nichtregierungsorganisationen im Fokus. Es geht also um die Unterdrückung inländischen Engagements "eigener" Bürger*innen bzw. ihrer Organisationen. Wissenschaftliche, religiöse, künstlerische und humanitäre Tätigkeiten fallen in den USA nicht unter FARA - ganz im Gegensatz dazu stehen Organisationen aus derartigen Themenfeldern in Russland durchaus im Fokus der "Foreign Agent"-Gesetzgebung, humanitäre NGOs erfahren sogar recht systematisch solche Verfolgung. Außerdem hat der Begriff des "Foreign Agent" in beiden Ländern völlig unterschiedliche Bedeutung. Während im englischen Sprachgebrauch das Wort "Agent" gar nicht so sehr auf Spionagetätigkeit abzielt, sondern als Interessentvertreter benutzt wird (z.B. Handelsagenten etc.), meint er im russischen Diskurs ausländische Spione, denn der verwendete russische Begriff wurde in der Propaganda des Kalten Krieges geformt und wird Umfragenergebnissen zufolge von der Mehrheit der Bevölkerung immer noch so verstanden. Während also in den USA "Ausländische Agenten" einfach Menschen sind, die im Interesse ausländischer Institutionen handeln, wird das Wort in Russland in militärischem Sinne als "ausländischer Spion" verstanden. Dass keine Organisation, deren Arbeit sich an die allgemeine Bevölkerung richtet, und die Aufklärung betreiben will, mit einem solchen Label noch bestehen kann, ist offenkundig.

Gruppen, die sich für den Schutz der Menschenrechte einsetzen, waren eines der wichtigsten Angriffsziele der "Foreign Agents"-Gesetzgebung. Das Gesetz war im November 2012 nach den Protesten gegen Unregelmäßigkeiten während der russischen Präsidentschaftswahlen vom März des gleichen Jahres aufgesetzt worden, wo Wahlbeobachtungsorganisationen die Vorgänge kritisch begleitet und auf Manipulationen aufmerksam gemacht hatten. Der russische Präsident Wladimir Putin unterstellte der starken Protestbewegung sie sei vom Westen initiiert. Vor der Einführung des "Foreign Agent"-Gesetzes hatte er bereits eine drastische Verschärfung des Demonstrationsrechts veranlasst. "Damit soll demonstriert werden,

dass Gruppen, die die Regierung kritisieren, dies nicht tun, um öffentliche Interessen zu beschützen, sondern weil sie von irgendwelchen 'ausländischen Bösen' dafür bezahlt werden", erklärt Vladimir Sliviyak, stellvertretender Vorsitzender der Umweltorganisation Ecodefense.

"The Free Dictionary" erklärt "foreign agent" als "(militärischer) Geheimagent, der von einem Staat angeheuert wurde, um Informationen über seine Feinde, oder von einem Unternehmen engagiert wurde, um Industriegeheimnisse von Konkurrenten zu beschaffen". "Spion" und "Undercover-Agent" werden als Synonyme angeboten. Per russischer Definition sind "Foreign Agents" Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die Förderung oder andere Unterstützung aus dem Ausland erhalten und politisch aktiv sind. Angesichts der politischen Situation in Russland und der finanziell prekären Lage vieler Menschen dort, ist offenkundig, dass politische, unabhängige Arbeit ohne Unterstützung von Gruppen und Aktivist*innen in anderen Ländern schwer möglich ist. Daher sind viele, vielleicht die meisten, dieser politisch unabhängigen, kritischen Organisationen in Russland von dem "Foreign Agent"-Gesetz bedroht.

Bereits zur ersten Lesung des Gesetzesentwurfs in der Duma (russisches Parlament) im Juli 2012 gab es Proteste sowohl von Oppositionsparteien im Parlament als auch von Nichtregierungsorganisationen vor dem Gebäude. Kritik gegen das Gesetz gab es auch von Tatjana Morschtschakowa, einer der Autorinnen der russischen Verfassung, und vom den Kreml beratenden Menschenrechtsrat. Russische Menschenrechtsorganisationen stufen das Gesetz als illegitim und als in Widerspruch mit von der russischen Verfassung garantierten Grundrechten ein. Im russischen Unterhaus war er aber von einer Mehrheit der Abgeordneten unterstützt worden. Die Regierungspartei "Einiges Russland", die über eine Mehrheit im Parlament verfügt, hatte den Gesetzesvorschlag eingebracht. Offiziell soll das Gesetz verhindern, dass ausländische Staaten Einfluss auf Russlands Innenpolitik nehmen.